

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 19. März 1987

Blatt 552

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrung für „Jubel-Hochzeitspaare“ (553/FS: 18.3.)
- Nächste Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz (554)
- Siemenssteg muß gesperrt werden (555)
- ÖVP-Wien: Neuorientierung der Wohnungspolitik (557)
- Erste Landes-AIDS-Kommission Österreichs in Wien konstituiert (558)
- Stufenplan in der medizinischen Rehabilitation (559/560)
- Edlinger: Erfreuliches Umdenken der ÖVP in der Wohnungspolitik (561)
- Unfall bei Kanalarbeiten (nur FS)

Kultur:

- Ehemaliger Burgtheaterdirektor Paul Hoffmann feiert 85. Geburtstag (556)

Ehrung für „Jubil-Hochzeitpaare“

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER empfing am Mittwoch nachmittag im Festsaal des Wiener Rathauses 150 Jubelpaare zu einer Feier. Die Hochzeitsdiplome wurden an ein Steinernes Hochzeitpaar (67,5 Jahre verheiratet), zehn Eisener Hochzeitpaare (65 Jahre verheiratet), 16 Diamantene Hochzeitpaare (60 Jahre verheiratet) und 123 Goldene Hochzeitpaare überreicht. (Schluß) red/gg

Bereits am 18. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Nächste Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz

In den Volkshochschulen Döbling, Donaustadt, Favoriten

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema „Vorbeugender Brandschutz“ gibt es in den nächsten Tagen Veranstaltungen im Rahmen der laufenden Selbstschutzkurse der Stadt Wien. Am Montag, dem 23. März, und am Donnerstag, dem 26. März, erklären Experten in der Volkshochschule Döbling, welche Lagerungen im Haus gefährlich sein können, wie Kamine beschaffen sein müssen und wie sie zu warten sind, was man beispielsweise durch geeignete Imprägnierungen zum Schutz vor Bränden tun kann und welche Löschmittel bereitgehalten werden sollten. Schließlich wird auch erläutert, wie man sich im Falle eines Brandausbruches richtig zu verhalten hat. Diese beiden Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr. Zum gleichen Thema gibt es auch in der Volkshochschule Donaustadt am Freitag, dem 20. März, und am Freitag, dem 27. März, eine spezielle Ausbildung durch Experten. Auch hier ist Beginn um 18 Uhr. In der Volkshochschule Favoriten findet dieser Kurs (Beginn ebenfalls 18 Uhr) am Montag, dem 30. März, und am Freitag, dem 3. April statt.

Die Volkshochschule Döbling befindet sich im Haus der Begegnung 19., Gatterburggasse 2a, jene in der Donaustadt in der Bernoullistraße 1, Ecke Donaustadtstraße. Die Volkshochschule Favoriten findet man in der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost, Ada-Christen-Gasse 2. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Auskünfte über das gesamte Programm der Selbstschutz-Kurse erhält man in der Stadtinformation im Rathaus (Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr), Telefon 43 89 89, sowie über den Tonbanddienst der Stadtinformation, Telefon 15 25. (Schluß) and/bs

Siemenssteg muß gesperrt werden

Schwerer Schaden durch LKW

Wien, 19.3. (RK-LOKAL) Infolge eines schweren Schadens, den ein überhoher Lastkraftwagen an der Unterseite des Tragwerkes des Siemensstegs in Floridsdorf verursacht hat, muß dieser Fußgänger-Übergang über die Siemensstraße bei der Schnellbahnstation jetzt repariert werden. Dazu ist es erforderlich, das Tragwerk des Stegs auszubauen und zur Reparatur in eine Stahlfirma zu bringen. Ab Samstag mittag kann der Übergang daher — voraussichtlich auf die Dauer von zwei Wochen — nicht benützt werden. Die Fußgänger müssen einen Umweg von etwa 200 Metern in Kauf nehmen.

Während des Ausbaus des Tragwerkes muß am Samstagnachmittag die Siemensstraße gesperrt werden. Auch nach der Reparatur im Werk ist — voraussichtlich am Samstag, dem 4. April, nachmittag — wieder eine Sperre der Siemensstraße für einen halben Tag erforderlich. (Schluß) sc/rr

Ehemaliger Burgtheaterdirektor Paul Hoffmann feiert 85. Geburtstag

Wien, 19.3. (RK-KULTUR) Paul HOFFMANN, Direktor des Wiener Burgtheaters 1968-1971, wurde am 25. März 1902 in Düsseldorf geboren. Sein Vater war Theaterkritiker und erfolgreicher Schwankautor. Paul Hoffmann studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie. 1923 kam er erstmals als Student nach Wien, um eine Dissertation über den Burgtheaterdirektor Johann Ludwig Deinhardstein zu schreiben.

1924 nahm Paul Hoffmann in Würzburg ein Engagement an. Aachen, fast zwei Jahrzehnte Dresden, wo er als Charakterdarsteller (Mephisto, Jago, Franz Moor und andere) engagiert war, Zürich, München und Stuttgart (hier war er von 1950 bis 1956 künstlerischer Leiter) waren die nächsten Stationen. Hoffmanns Eintritt ins Burgtheaterensemble im Jahr 1959 gingen zwei Jahre als Schauspieler im Theater in der Josefstadt voraus.

An der „Burg“ debütierte Hoffmann als Octavio Piccolomini in Schillers „Wallenstein“.

Von September 1968 bis August 1971 war Paul Hoffmann Direktor des Wiener Burgtheaters.

Für seine Verdienste wurden Hoffmann im Laufe der Jahre unter anderem folgende Ehrungen zuteil: Ernennung zum „Professor“ (1971), Ehrenmitgliedschaft des Burgtheaters (1972), Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold (1973), die Kainz-Medaille (1974), das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse (1976), der Albin Skoda-Ring (1977) und die Ernennung zum „Hofrat“ (1982). (Schluß) red/bs

ÖVP-Wien: Neuorientierung der Wohnungspolitik

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Wiener Volkspartei sieht drei Jahre nach der Gründung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds die Notwendigkeit für eine Neuorientierung der Wohnungspolitik in Wien, erklärten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und ÖVP-Wohnsprecher GR. Dr. Wolfgang PETRIK Donnerstag bei einer Pressekonferenz.

Die Wiener Volkspartei setze sich dabei drei Ziele: Der Wohnungssektor müsse frei von politischer Einflußnahme werden, das Wohnen müsse wieder erschwinglicher werden und die Stadterneuerung müsse Vorrang vor der Stadterweiterung und dem Wohnungsneubau haben.

Vizebürgermeister Dr. Busek verlangte einen geordneten Rückzug der Parteien aus dem Wohnungssektor, wobei die Politik lediglich die Rahmenbedingungen und Ziele vorzugeben habe. So genüge eine jährliche Neubauleistung von 4.000 Wohnungen und es müßten neue Finanzierungsformen gefunden werden sowie ausreichend Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinderat Dr. Petrik betonte, daß das Wohnen wieder erschwinglicher werden müßte, sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten verbessert werden müßten. Enttäuscht zeigte sich Petrik von der bisherigen Zusammenarbeit im Stadterneuerungsfonds und er forderte verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, was durch die Schaffung eines Stadtgestaltungsbeirates unterstützt werden sollte. (Schluß) ah/bs

Erste Landes-AIDS-Kommission Österreichs in Wien konstituiert

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien hat sich am Donnerstag als erstem Bundesland Österreichs eine AIDS-Kommission konstituiert. Ihr gehören unter dem Vorsitz von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Ärztekammerpräsident Prim. Dr. Michael NEUMANN, Landes-sanitätsdirektor Dr. Ermar JUNKER, Spitäler-Chefarzt Dr. Hubert HRABCIK, der ärztliche Leiter der Wiener Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Prim. Univ.-Prof. Dr. Kurt BAUMGARTEN, der Vorstand des Virologischen Institutes Prof. Dr. Christian KUNZ, der Vorstand der 1. Universitäts-Hautklinik Prof. Dr. Klaus WOLFF sowie der Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Lainzer Krankenhauses, Univ.-Doz. Dr. Friedrich GSCHNAIT an. Aufgaben der neuen AIDS-Kommission, die von Stadtrat Stacher am Donnerstag im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, sind vor allem die laufende Weitergabe von Informationen über neue Entwicklungen an Spitälern und Ärzte, Klärung von Vorgangsweisen in Spitälern sowie gegebenenfalls Ausarbeitung von Empfehlungen.

In ihrer ersten Sitzung befaßte sich die Kommission, die als Berater des Spitalerhalters geschaffen wurde, mit der Frage von „Zwangsuntersuchungen“ von Spitalspatienten. Dazu stellte Stadtrat Stacher fest, daß nach Expertenmeinung „Zwangsuntersuchungen“ auch in Wien nicht durchgeführt werden, da nur Blut verwendet wird, das primär für andere Untersuchungen abgenommen wurde. Jeder hat die Möglichkeit, eine Untersuchung auf HIV ausdrücklich abzulehnen. Die in Wien durchgeführten Bluttests dienen einer epidimiologischen Untersuchung. Die Aufregung um diese Untersuchungen verstehe er nicht, sagte Stadtrat Stacher, denn es finde auch niemand etwas daran, daß bei Spitalspatienten Blut auf das Vorhandensein von Lues, anderen Viruserkrankungen etc. untersucht wird. Er sei strikt dagegen, AIDS anders als irgendeine andere Infektionskrankheit zu betrachten und dementsprechend Patienten anders zu behandeln. Sicher dürfe aber ein HIV-positiver Befund nicht zu einer Diskriminierung des Infizierten führen, ergänzte Stacher.

Weitere Themen der Sitzung waren Dialysen bei AIDS-Patienten bzw. HIV-positiven Personen, die Vorgangsweise bei Transplantationen und der Unterbringung und Behandlung von AIDS-Kranken. (Schluß) and/rr

Stufenplan in der medizinischen Rehabilitation

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Abschluß der Akutbehandlung in einem Spital ist es oft nicht abgetan, es muß weiteres zur Wiederherstellung unternommen werden. Einen Stufenplan zur medizinischen Rehabilitation strebt Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an. Wie er Donnerstag in einem Pressegespräch erklärte, sollen einerseits die Rehabilitationsmöglichkeiten zu Hause ausgebaut werden. Die ambulante Rehabilitation als zweite Stufe soll viel stärker forciert werden. Zum dritten sollten an Schwerpunktspitälern lokale Rehabilitationsabteilungen eingerichtet werden, und schließlich sind als höchste Stufe der Rehabilitation die Rehabilitationszentren einzustufen, deren derzeitige Zahl zumindest in bestimmten Fachbereichen, so Stadtrat Stacher, in Österreich auch in Zukunft ausreicht, wenn die lokale, ambulante und häusliche Rehabilitation verstärkt werden. Die Rehabilitationsmaßnahmen sollten auch im Rahmen der Sozialversicherung vereinheitlicht werden, um bestehende Einrichtungen besser nutzen zu können. Überdies strebt der Wiener Gesundheitsstadtrat auch die Verstärkung der Rehabilitation in Pflege- und Altenheimen an. Hier sollen nach seinen Vorstellungen Rehabilitationsabteilungen (oder Kurzzeitpflegeheime) mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von drei bis sechs Monaten und anschließender ambulanter Rehabilitation geschaffen werden. In Akutspitälern sind, so Stacher weiter, Langzeitabteilungen mit Rehabilitation einzurichten, um die Wichtigkeit der Rehabilitation auch offiziell zu deklarieren, wie dies im Wilhelminenspital besteht und im Elisabethspital geschaffen wird. An den Universitäten sollen Rehabilitationskliniken geschaffen werden, verlangt der Gesundheitsstadtrat.

Daneben sind, so die Forderung von Gesundheitsstadtrat Stacher, medizinische Selbsthilfegruppen zu fördern, die sozial, psychologisch und medizinisch tätig sind.

Frührehabilitation ist Aufgabe der Krankenhäuser

Wenn nicht eine angeborene Behinderung besteht, geht ihr stets eine Erkrankung oder ein Unfall voraus, die zunächst eine Behandlung in einem Akutspital erfordern. Schon während des Beginns der Genesung muß noch im Krankenhaus die medizinische Frührehabilitation beginnen, so daß sich hier die (gesetzlich gegebenen) Grenzen zwischen Akutbehandlung und Rehabilitation überschneiden. Frührehabilitation ist eine Aufgabe der Krankenanstalten, für die weitere Rehabilitation ist die Sozialversicherung zuständig.

Medizin der Zukunft: Je ein Drittel Prävention, Akutmedizin, Rehabilitation

Durch viele neue Möglichkeiten der Akutmedizin, Leben zu erhalten, aber auch durch die zunehmende Zahl alter Menschen in den Industrieländern, also auch in Österreich, steigen die Bedürfnisse für Rehabilitationsmaßnahmen, sie verschieben sich aber auch nach Krankheitsgruppen, zum Beispiel durch eine Verbesserung der neurologischen Behandlungsmöglichkeiten. Während es heute gesetzlich normiert ist, daß nach Arbeitsunfällen Rehabilitationsmaßnahmen oder nach Herzinfarkten Anschlußverfahren durchgeführt werden, ist die Allgemeinheit über viele andere medizinische Möglichkeiten und Notwendigkeiten weniger unterrichtet. Dazu gehören auch die von der Stadt Wien gebotenen Sozialen Dienste. Expertenprognosen besagen aber, daß die Medizin am Ende dieses Jahrhunderts bereits zu einem Drittel aus Prävention, zu einem Drittel aus Akutmedizin und zu einem Drittel aus Rehabilitationsmedizin bestehen wird.

An den Universitäten Rehabilitationskliniken schaffen

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rehabilitation ist auch der Wille des Kranken, wiederhergestellt zu werden, und seine Mitarbeit. Generell sind die möglichen Erfolge zu wenig bekannt. Daher muß ein Bewußtseinsbildungsprozeß eingeleitet werden. Dies ist nicht nur durch vermehrte Information, sondern auch durch eine bessere Ausbildung der Ärzte möglich. Deshalb sollten auch an den Universitäten Rehabilitationskliniken geschaffen und die Forschung auf diesem Gebiet stärker als bisher in die Universitäten hineingetragen werden, erklärte Stadtrat Stacher.

Kurz-Akutbehandlung nicht praktikabel

Als nicht praktikabel bezeichnete Stacher den Vorschlag, Patienten nur für die erste Zeit der Akutbehandlung in einem Akutspital zu belassen und dann auf eine Langzeitpflegeabteilung zu verlegen. Dies würde die Akutstationen zu „Intensivstationen“ mit ausschließlich Schwerstkranken, dauernd Bettlägrigen und Pflegebedürftigen machen und hohen Verwaltungsaufwand bringen. (Schluß) and/bs

Forts. von Blatt 559

Edlinger: Erfreuliches Umdenken der ÖVP in der Wohnungspolitik

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Es ist erfreulich, daß die Wiener Volkspartei in der Wohnungspolitik umdenkt und sich meinen erklärten Absichten zum Wohnbau und der Stadterneuerung in vielen Bereichen anschließt“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Donnerstag zu einer Pressekonferenz von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und ÖVP-Wohnsprecher Dr. Wolfgang PETRIK.

„Ich habe seit meinem Amtsantritt immer wieder erklärt, daß der soziale Aspekt der Stadterneuerung vordringlich zu beachten ist“, sagte Edlinger. Deshalb seien der Sockelsanierung Vorrang eingeräumt und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bewohner verbessert worden. Der Interessensbescheid der ein Streitpunkt mit dem früheren Direktor des Stadterneuerungsfonds, Erwin Wippel, war und zu seinem Rücktritt führte, werde sich in Zukunft erübrigen. Es werde bei Vorliegen eines Interessensbescheides keine öffentliche Förderung einer Sanierung geben, wenn nicht die Prinzipien der „sanften Stadterneuerung“ befolgt würden. Die mieterbezogene Arbeit der Gebietsbetreuungen und der mobilen Gebietsbetreuung habe sich dabei als zweckmäßig erwiesen, sagte Edlinger.

Daß die Stadterneuerung in Schwung komme, sei jederzeit beweisbar. Ende Februar 1987 waren bereits 840 Sanierungsvorhaben vom Stadterneuerungsfonds zur Durchführung empfohlen, 199 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,1 Milliarden Schilling sind derzeit in Bau. Bis zum Sommer wird sich die Zahl der Stadterneuerungsbaustellen vervielfachen.

Es sei erfreulich, so Edlinger, daß sich die ÖVP auch zum Wohnungsneubau bekenne. Unterschiedliche Standpunkte zur Wiener Volkspartei sieht Edlinger allerdings in der Grundstücksfrage. Die Nachfrage sei größer als das Angebot und das ausschließliche Ankaufsrecht des Stadterneuerungsfonds habe Spekulation verhindert. Eine Freigabe des Grundstücksmarktes würde einen Rückschritt bedeuten und unkontrollierbaren Absprachen zwischen Käufer und Verkäufer wiederum Tür und Tor öffnen. Die Kosten dafür hätten die Mieter zu tragen. Die Grundstückspolitik versteht Edlinger als zusätzliches Mittel, um die Wohnungskosten zu senken. Diese Grundstückspolitik der vergangenen Jahre habe die Preise praktisch auf dem Niveau von 1983 eingefroren, betonte Edlinger, und soll durch eine gezielte Ankaufs- und Widmungspolitik fortgesetzt werden.

Neue Wege in der Wohnbaufinanzierung seien ohne Zweifel erforderlich und werden durch die beabsichtigte Verlängerung der Förderungsbestimmungen möglich sein. „Ich habe erst kürzlich mehrere Möglichkeiten dazu vorgestellt, über die nun eine Diskussion erfolgen soll“, sagte Edlinger.

„Grundsätzlich unterstütze ich alle Tendenzen, die eine Entbürokratisierung und Entpolitisierung des Wohnungsbereiches zum Ziel haben. Das darf aber nicht heißen, daß sich die politisch Verantwortlichen von der Wohnungspolitik in dieser Stadt einfach verabschieden, um sie dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, was letztlich immer auf dem Rücken der sozial Schwächeren ausgeht“, unterstrich Edlinger. (Schluß) ah/rr